

Preis Politische Bildung 2013

Zum dritten Mal vergibt der Bundesausschuss Politische Bildung (bpb) den »Preis Politische Bildung«. Damit sollen die besonderen Leistungen, die in und von der politischen Bildung erbracht werden, sichtbar gemacht und gewürdigt werden. Das Thema der aktuellen Ausschreibung lautet »Politik? – Das verstehen wir darunter!« und rückt das Politikverständnis in der Gesellschaft insgesamt sowie einzelner gesellschaftlicher Gruppen in den Fokus. Der bpb möchte mit der diesjährigen Ausschreibung, Projekte und Veranstaltungen prämiieren, die folgende Fragestellungen thematisieren: Welches Politikverständnis haben wir? In welchen Lebensbereichen – Stichwort Lebens- und Arbeitswelt – spiegelt sich Politik wider? Gibt es Unterschiede im Politikverständnis, in der Haltung zur Politik in den verschiedenen Generationen und/oder Lebenszusammenhängen? Bewerben können sich Einzelpersonen wie auch Organisationen und Initiativen, die in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung tätig sind. Der Preis, der mit insgesamt 15.000 Euro dotiert ist, wird alle zwei Jahre vom Bundesausschuss Politische Bildung mit finanzieller und ideeller Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) vergeben. Bewerbungsschluss ist der 28. Februar 2013. Die Verleihung des Preises findet im Rahmen der Aktionstage Politische Bildung im Mai 2013 in Berlin statt. Infos: www.bap-politischebildung.de/preis-politischebildung/

DQR: Nicht-formales Lernen soll einbezogen werden

Expertengruppe erarbeitet Verfahren

Nachdem es bei der Entwicklung eines Deutschen Qualifikationsrahmens zunächst vor allem um die Zuordnung von beruflichen Abschlüssen im Vergleich mit Hochschulqualifikationen ging, gab es während der 23. Sitzung im September des Arbeitskreises Deutscher Qualifikationsrahmen (AK DQR) für den Einbezug der nicht-formalen Bildung endlich einen Durchbruch. Für die Integration dieses Bereiches machen sich vor allem die Vertreter und Vertreterinnen der allgemeinen Erwachsenenbildung stark, darunter auch die Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung, deren Bundesgeschäftsführerin Andrea Hoffmeier den Rat der Weiterbildung – KAW in dieser Sitzung vertreten hat. Auf der Herbstsitzung wurde nun der bisherige Entwurf um Textpassagen zum nicht-formalen und informellen Lernen ergänzt. Außerdem verabschiedete der Arbeitskreis DQR eine Stellungnahme zur Empfehlung der Einbeziehung des nicht-formalen und informellen Lernens, die zwei Arbeitsgruppen des Arbeitskreises im letzten November erarbeitet hatten. Darin spricht sich der AK DQR dafür aus, »Bedeutung des nicht-formalen und informellen Lernens anzuerkennen«.

Ankerqualifikationen

Nach dem aktuellen Papier soll vor allem in den Bereichen, die formalen Qualifikationen nahekommen, eine Einbeziehung in den DQR vorangetrieben werden. Dazu wird wiederum eine Expertengruppe eingerichtet, die ausgewählte passende Qualifikationen aus dem nicht-formalen Bereich beispielhaft dem DQR zuordnen und Mindestanforderungen sowie sogenannte »Ankerqualifikationen« für die Zuordnung erarbeiten soll. Bestehende Verfahren wie zum Beispiel

beim Sprachenlernen sollen ebenso einbezogen werden wie die Berücksichtigung möglichst vieler Zielgruppen. KBE-Geschäftsführerin Andrea Hoffmeier zeigte sich zufrieden mit diesem Verfahren: »Wir als Vertretung der Erwachsenen- bzw. der Weiterbildung konnten deutlich machen, dass auch der nicht-formale Bereich eine hohe Relevanz gegenüber den anderen Bildungsbereichen hat.« Es gehe beim DQR eben nicht um die Einordnung von Abschlüssen, sondern um Kompetenzen – und die werden auch außerhalb von Schule oder Hochschule erworben.

Rückenwind aus Brüssel

Erheblichen Rückenwind kam dazu aus Brüssel: Die Kommission hat im November die Mitgliedstaaten aufgefordert, außerhalb von Schule und Hochschule erworbene Fähigkeiten anzuerkennen. Sie hat eine Initiative ins Leben gerufen, mit der sie die Anerkennung der außerhalb von Schule und Hochschule erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen fördern will. Mit ihrem Vorschlag verfolgt die Kommission nach eigenem Bekunden das Ziel, die Arbeitsmarktchancen insbesondere von jungen Arbeitslosen und Personen mit wenigen formalen Qualifikationen zu erhöhen, die etwa älteren und gering qualifizierten Arbeitskräften oft fehlen. Mit dieser Empfehlung drängt die Kommission die Mitgliedstaaten zur Einführung nationaler Systeme zur Validierung der Ergebnisse nicht-formalen und informellen Lernens bis zum Jahr 2015. Gibt es solche Systeme, so können Bürgerinnen und Bürger eine vollständige oder teilweise Qualifikation auf der Grundlage von Fähigkeiten und Kompetenzen erlangen, die

sie außerhalb des Systems der formalen Bildung erworben haben. Umfassende Systeme für die Validierung der Ergebnisse nicht-formalen und informellen Lernens gibt es derzeit nur in Finnland, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden. Dort können zum Beispiel Interessierte eine Beschreibung ihrer Erfahrungen entweder an eine anerkannte Stelle schicken, die zur Ausstellung von »Erfahrungsbescheinigungen« für die Zwecke von Bewerbungen um eine Arbeitsstelle berechtigt ist, oder eine formale Anerkennung durch einen Prüfungsausschuss beantragen. In Finnland ermöglicht das Bildungsrecht die Validierung von Erfahrungen in vielen Bereichen und auf vielen Ebenen des Bildungssystems.

Michael Sommer

Duisburg reduziert Masterstudiengänge

Die Universität Duisburg-Essen hat ihr Studienangebot in Sachen Erwachsenenbildung umgestellt. Bisher gab es zwei Masterstudiengänge, einer davon in englischer Sprache (»Master of Adult Education«). Nun bietet die Hochschule einen Masterstudiengang »Erwachsenenbildung/Weiterbildung« an mit insgesamt vier Schwerpunkten: Europa, politische Bildung und Partizipation, berufliche/betriebliche Weiterbildung und Medienbildung. Die Umstrukturierung ist Resultat einer Begutachtungsgruppe, die 2012 die außerschulischen Studiengänge überprüft haben.

forderungen in den Blick nehmen, denen sich die Disziplin gegenüber sieht: Klärungen und Positionierungen stehen an, auch eine disziplinäre Selbstvergewisserung. Und die Vorbereitungsgruppe fand, dass sich Ort und Thema gut verbinden: Das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung, die einladende Institution, steht für diese drei Bereiche: Wissenschaft, Politik und Praxis und für deren Verbindung. Die Evaluation des DIE, der Wechsel in der Leitung und die Konsequenzen für die Programmpolitik sind für das Feld wichtig.

Welches sind die Herausforderungen konkret? Welche Situation veranlasst die Wissenschaft von der Erwachsenenbildung heute, ihre Position zu überdenken?

Momentan gibt es viele Zuspitzungen, die für die Scientific Community wirklich zu großen Zerreißen werden könnten. Wiltrud Gieseke hat in ihrem Eröffnungsvortrag »Lebenslanges Lernen – Erwachsenenbildung/Weiterbildung sichtbar und wirksam zwischen Forschungsmöglichkeiten und Bildungspolitik?« die Frage der Teilhabe, der Wirksamkeit und der Sichtbarkeit angesprochen. Und da erleben wir Splittungen. Wir haben große Forschungslinien und -richtungen, die Large-Scale-Studien und die Monitoring-Verfahren, die stark in den Vordergrund rücken. Demgegenüber geraten andere Forschungszweige, die sehr kontinuierlich verfolgt werden und hervorragende Arbeit machen, plötzlich aus dem Blick. Da gibt es Verschiebungen, die natürlich auch durchwirken bis auf die Sektion, aber auch auf die Disziplin, auf die Lehrstühle, die in Konkurrenz treten im Ringen um Drittmittel und Forschungsgelder. Und dann auch die Ansprüche. Das war ja auch gut zu sehen in dieser Polarität der beiden Beiträge von Wiltrud Gieseke und Josef Schrader, dem neu berufenen wissenschaftlichen Direktor des DIE, der die Programmpolitik des Instituts nach der Evaluation skizzierte und die Frage der Nutzenorientierung wissenschaftlicher Erkenntnisse fokussierte.

Sehnsucht nach Beweisen

Zur Jahrestagung der Sektion Erwachsenenbildung in der DGfE. Gespräch mit Professorin Dr. Sabine Schmidt-Lauff

Von 27. bis 29. September 2012 fand in Bonn die Jahrestagung der Sektion Erwachsenenbildung der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften DGfE statt. 184 Teilnehmende hatten den Weg ins Deutsche Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) nach Bonn gefunden, das die Tagung organisiert hatte. Intention von Prof. Dr. Ekkehard Nuissl, dem scheidenden Direktor des DIE, war es, den Wechsel in der Leitung des DIE zu begleiten und ein Forum zur Diskussion der zentralen Fragen der Erwachsenenbildungswissenschaft zu bieten.

Im Gespräch mit der wiedergewählten Sprecherin der Sektion Erwachsenenbildung in der DGfE, Professorin Sabine Schmidt-Lauff, Technische Universität Chemnitz, werden Herausforderungen, denen sich die Disziplin gegenüber sieht, herausgearbeitet. Das Gespräch führte Petra Herre.

Die hohe Teilnehmendenzahl zeigt, dass die Verantwortlichen der Sektion



Prof. Dr. Sabine Schmidt-Lauff

mit dem Thema »Erwachsenenbildung im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Praxis« eine zentrale, die Community bewegende Fragestellung aufgenommen hat. Im Jahre 2011 blickte die Sektion auf ihr 40-jähriges Bestehen zurück. Die Tagung 2012 hat sich die Vermessung des Feldes Erwachsenenbildung, das als »Spannungsfeld« qualifiziert wird, vorgenommen. Wo geht es hin mit der Disziplin?

Ja, diesmal wollten wir die Heraus-

Eine Rückfrage: Was gerät genau aus dem Blick aus Ihrer Sicht?

In dem von mir moderierten Podiumsgespräch mit Dr. Ulrich Heinemann, Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW (weitere Teilnehmende waren Ulrich Aengenvoort, Deutscher Volkshochschulverband, und Prof. Dr. Anke Grotlüschen, Universität Hamburg/LEO-Projekt), hat mich die Auslegung des Nationalen Bildungsberichtes (2012) sehr geärgert: ganz besonders die Überbetonung der betrieblichen Weiterbildung. Das ist aber nicht die Erwachsenenbildung, die wir in Deutschland haben, bildet nicht unsere Landschaft ab. Vergessen werden die großen und wichtigen Felder der kulturellen Bildung, der politischen Bildung, der allgemeinen Erwachsenenbildung in allen ihren Facetten und Schwerpunkten, die sich ja auch verschieben. Da werden über den Indikator der Weiterbildungsteilnahme, der als stagnierend ausgelegt wird, Rückschlüsse auf das Feld und dessen Engagement gezogen, nämlich als ebenfalls stagnierend, nicht flexibel, nicht modern, der flexiblen Lebensführung nicht gerecht werdend, so die Position des Ministeriumsvertreters. Das ärgert mich. Das kann man nur sagen, wenn man ganz viele Dinge einfach nicht zur Kenntnis nimmt.

In der Einladung zur Tagung schreiben Sie: Der »Prozess der disziplinären Selbstvergewisserung und Profilbildung wird gegenwärtig nicht nur begleitet von vielfältigen theoretischen und methodologischen Orientierungen und Anforderungen, sondern auch von einem sehr breiten Aufgabenspektrum, das formelles und informelles Lernen Erwachsener im Lebenslauf ebenso umgreift wie die Analyse und Begleitung (lernender) Organisationen, Regionen und Gesellschaften. Wie tariert, positioniert und legitimiert sie selbst sich in bestehenden spannungsreichen und ambivalenten Zusammenhängen?« Wirken hier zentripetale Kräfte?

Es gibt mehrere Entwicklungen in der Erwachsenenbildungswissenschaft, die wir diskutieren. Es gibt dieses Driften nach außen, die Tendenz, sich

stark an von außen gesetzten Themen zu orientieren, sich immer und überall anschlussfähig zu halten. Manche sprechen von einer »Zerfaserung« und fürchten, dass die Erwachsenenbildung als Wissenschaft in der Gefahr stehe, »als ein kurzes Intermezzo in der Bildungsgeschichte« zu enden. Vielleicht etwas drastisch ... Denn andererseits gibt es auch das Bestreben, den Kern zu fokussieren, das Lernen Erwachsener, auch gerade Bildungsferner und Bildungsbenachteiligter. So wird sich die nächste Jahrestagung auch mit dem genuin erwachsenenpädagogischen Thema Programme und Programmforschung auseinandersetzen. Das ist z.B. eine Antwort auf diese Drift.

Und was ist aus Ihrer Sicht heute der Mainstream in der Erwachsenenbildungswissenschaft, woran orientiert man sich?

Also der Mainstream richtet sich sicher auf das, was Thema des Vortrags von Dr. Jean-Paul Reeff, Deutsches

Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), war, der die PIAAC-Studie (Programme for the International Assessment of Adult Competencies/OECD) vorgestellt hat, nämlich der deskriptiv-diagnostische Monitoring-Ansatz. Das beschäftigt die Wissenschaft zurzeit stark, und da werden ja auch unglaubliche Gelder zur Perfektionierung der empirischen Standards reingesteckt. Das ist die eine Richtung. Aber wir haben in der wissenschaftlichen Gemeinschaft der Sektion immer auch diesen kritischen Mainstream gehabt, kritisch emanzipativen oder kritisch pragmatischen oder kritisch humanistischen oder geisteswissenschaftlichen, also in den unterschiedlichen Facetten. Und ich sehe das auch weiterhin.

Woher kommt die Konjunktur der »Diagnostikorientierung«?

Es gab solche Studien schon immer, denken wir dabei an die großen Leitstudien. Der Unterschied scheint mir

Alphabetisierung: erste Projekte angelaufen

Am 1. Oktober haben die ersten Projekte im Förderschwerpunkt »Arbeitsplatzorientierte Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener« des Bundesministeriums für Bildung und Forschung begonnen. Insgesamt sollen 45 Projekte in dem Schwerpunkt laufen, die in den Bereichen Unterricht und Lernmedien, Branchen und Zielgruppen, Personalentwicklung in Betrieben sowie Sensibilisierung und Netzbildung arbeiten. Dazu gehört das Projekt »GINIWE« der Akademie Klausenhof, das die allgemeine Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung in der Region Niederrhein/Westmünsterland unterstützen sowie relevante Akteure informieren und vernetzen will.

Grundtvig-Workshops

Für die kommende Antragsrunde der Grundtvig-Workshops (Antragsschluss 21.02.2013) hat die EU-Kommission entschieden, nur Projektanträge zum Thema »Lese- und Schreibfertigkeit« zuzulassen. Fachkräfte der Erwachsenenbildung aus Deutschland können sich für die Teilnahme an Workshops im europäischen Ausland bewerben, und Einrichtungen aus Deutschland können selber Workshopangebote und Fortbildungen für Teilnehmende aus anderen europäischen Ländern anbieten.

Die Organisation der Workshops wird durch die Nationale Agentur Bildung für Europa finanziell unterstützt. Enthalten ist ebenfalls eine Pauschale für die Anreise, Unterkunft und Verpflegung der ausländischen Teilnehmenden (www.na-bibb.de/grundtvig/workshops/workshops_2013.html).

zu sein, dass die »von innen heraus« gedacht haben. Im Fokus standen damals der Erwachsene, die Bildungsinhalte. Es ging um Bildungsinteressen, Bildungsverständnisse und Bildungsbedürfnisse und das Umgehen der Bildungsträger und Bildungseinrichtungen damit. Themen waren dann die Programme, die Zielgruppen und die Adressaten, die Programmgestaltung und nachher auch die Programmumsetzung in Kursen oder Seminaren. Es ging um das professionelle Gestalten des Lernens im Erwachsenenalter. Diese neuen großen Large-Scale-Studien sind stark getrieben durch die internationale Ausrichtung des lebenslangen Lernens. Das waren die Grundlagen und Wurzeln. Und dann kamen nachher so einzelne Systemreaktionen darauf, wie zum Beispiel PISA. Die haben dem nochmals Vorschub geleistet. Insbesondere die Politik hat ein großes Interesse an Prognostik aus Steuerungsinteressen heraus. Ein Statement im Rahmen des Podiumsgesprächs war, es gäbe eine »Sehnsucht nach Beweisen«. Hier kann man auch wieder modernisierungstheoretisch argumentieren. Stichworte, die ich hier nennen würde, sind Thema von Orientierung, Fragen der Ungewissheit. Heute geht es um Evidenzen. Die Frage nach Evidenzen ist ja gut und wichtig, aber ebenso wichtig ist es, sich Rechenschaft zu geben über die jeweiligen Kriterien.

Vielleicht ist das auch typisch für eine Risikogesellschaft. Nun die Frage: Was bedeutet der Begriff »Nutzenorientierung«?

Ja, hier muss die Auseinandersetzung darüber geführt werden, was der jeweilige Nutzen ist. Diese Fragen werden so nicht mehr gestellt. Das mag an den Bemühen liegen – wie oben schon angemerkt – sich für alles anschlussfähig zu halten. Anschlussfähigkeit ist natürlich auch eine Frage der Ressourcen. Es geht um Forschungsgelder. Wohin fließen die? Und es ist ja höchst legitim, auf eine bessere Ausstattung des Lehrstuhls hinzuarbeiten und Möglichkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs zu eröffnen, d.h.,

auch bestimmte vor allem empirisch ausgerichtete Forschungsrichtungen zu bedienen. Also, in jedem Falle steht hier eine intensive Diskussion an, die in der Sektion auch geführt wird.

Noch abschließend: »Quo vadis« Erwachsenenbildung?

Ich sehe die zentrale Herausforderung darin, dass wir als Erwachsenenbildung in der Breite unserer Disziplin sichtbar bleiben und wirksam, so der Leitvortrag von Wiltrud Gieseke. Es darf keine Überbetonung einzelner Aufgabengebiete geben. Und unser Aufgabenspektrum kann nicht bezogen werden auf schulische Bezüge und Begründungen, auf kompensatorische Wirkungen und Aufgaben, wie die Argumentationsketten des Nationalen Bildungsberichtes (2012) es nahelegen. Dann wären wir nur noch ein Ergänzung- und Reservemechanismus.

Anwaltschaft für die Träger

Zentrale Aufgabe der Erwachsenenbildungswissenschaft ist die Unterstützung der Praxis: Dabei sind einmal die Bildungseinrichtungen im Blick. Wir haben eine »Anwaltschaft für die dort Tätigen«, wie Wiltrud Gieseke es formuliert, für die professionell agierenden Akteure ebenso wie für die sehr differenzierte »Trägerlandschaft«. Und zum anderen sind es die Teilnehmenden, ein Thema, das im Moment im Fokus steht. Da geht es vor allem um Reflexivität, um Perspektiv- und Grenzüberschreitung, um Distanzierungsmöglichkeiten von der eigenen Welt. Es geht darum, dass der Mensch, das Individuum, das Subjekt sichtbar bleibt. Die Großstudien wie AES (Adult Education Survey), die Milieustudien, PIACC lassen den Einzelnen »verschwinden« in der großen Gruppe. Ich möchte aber darauf insistieren: Wir sind dem Einzelnen gegenüber verantwortlich, z.B. auch bei einem Thema wie Bildungsberatung. Es geht darum, Zugänge und Wege zu eröffnen durch Erwachsenenbildung. Das meine ich ganz empathisch.

Petra Herre

Prof. Schrader neuer DIE-Direktor

Dr. Josef Schrader (Foto), Professor für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung/Weiterbildung,



ist neuer Wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. (DIE). Schrader, der seit 2003 als Professor am Institut für Erziehungswissenschaft der Eberhard-Karls-Universität Tübingen lehrt, war zuvor bereits drei Jahre lang als Abteilungsleiter am Institut tätig. Josef Schrader ist ausgewiesener Experte der empirischen Lehr-/Lernforschung und hat zudem zum institutionellen Wandel von Weiterbildung gearbeitet, zuletzt auch in international vergleichender Perspektive. Weitere Forschungsschwerpunkte richten sich auf die Professionalisierung der Erwachsenenbildung/Weiterbildung und den Einsatz von Videofällen in der Aus- und Fortbildung des Lehrpersonals. Josef Schrader ist außerdem Mitglied im Redaktionsbeirat der Zeitschrift »Erwachsenenbildung« und wissenschaftlicher Leiter des KBE-Projekts »Kompetenzentwicklung von Lehrenden durch mediengestützte Fallarbeit« (2010–2013).

»Mit Professor Schrader hat das DIE einen renommierten Wissenschaftler gewonnen, der die besonderen Herausforderungen des Instituts an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis kennt«, freut sich Professor Dr. Rudolf Tippelt, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des DIE, über die Ernennung.

Zu Schraders ersten Aufgaben gehört die Weiterentwicklung einer interdisziplinär angelegten Forschungsstrategie, die sich sowohl an Fragen der gesellschaftlichen Relevanz von Themen orientiert als auch grundlagenwissenschaftlich fundiert ist.

POSITION

Elisabeth
Vanderheiden



Elisabeth Vanderheiden ist Geschäftsführerin der Katholischen Erwachsenenbildung Rheinland-Pfalz, Landesarbeitsgemeinschaft e.V. und stellv. Vorsitzende des Vorstands der kath. Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung

Nachhaltige Bildung für alle

Der Begriff »Nachhaltigkeit« wird heute in vielerlei Zusammenhängen genutzt. Während bis zur Mitte der 1990er-Jahre das Thema fast ausschließlich im wissenschaftlichen Kontext verortet war, weitete es sich dann auf den politischen Kontext aus und findet heute zunehmend auch in zivilgesellschaftlichen Zusammenhängen Verwendung. Wichtig für den aktuellen Nachhaltigkeitsbegriff war insbesondere der »Brundland-Report« (1987). Dieser ist deswegen so bedeutend, weil hier erstmals das Leitbild einer »nachhaltigen Entwicklung« entwickelt wurde. Die Kommission versteht darunter eine Entwicklung, »die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen«.

Die Verbindung zwischen Nachhaltigkeit und Bildung wurde vor allem durch die sog. Weltdekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« verstärkt. Die Vereinten Nationen haben für die Jahre 2005 bis 2014

die Weltdekade »Bildung für nachhaltige Entwicklung« ausgerufen, deren Ziel es ist, »allen Menschen Bildungschancen zu eröffnen, die es ermöglichen, sich Wissen und Werte anzueignen sowie Verhaltensweisen und Lebensstile zu erlernen, die für eine lebenswerte Zukunft und eine positive gesellschaftliche Veränderung erforderlich sind (UNESCO 2005). Alle Mitgliedstaaten der UNESCO sind aufgefordert, sich auf nationaler Ebene mit allen Kräften für dieses Ziel einzusetzen.«

Aus diesem hehren Ziel lässt sich ein Engagement in vielen Themenbereichen ableiten, wie etwa globales Lernen, Umweltbildung, ökonomische Bildung, VerbrauchernInnenbildung, Gesundheitsförderung, aber auch Werte- oder politische und soziale Bildung – alles inhaltliche Schwerpunkte und Tätigkeitsfelder, die seit Jahrzehnten fest in den Programmen katholischer Bildungseinrichtungen verankert sind.

Kritik an Vergabepaxis

Vor diesem Hintergrund ist es umso erstaunlicher, dass sich die Indikatoren dafür häufen, dass Träger der allgemeinen Weiterbildung immer mehr als private (im Sinne kommerzieller) Träger der Weiterbildung und nicht – als in der Regel staatlich anerkannte Träger wahrgenommen werden, die in einem pluralen System subsidiär einen wichtigen, unverzichtbaren staatlichen Auftrag, ja sogar ein anerkanntes Grundrecht umsetzen (siehe z. B. Weiterbildungsgesetz in Rheinland-Pfalz).

Ein Beispiel dafür ist sicherlich die Vergabepaxis bei Projekten: Immer öfter werden Projektmittel direkt vom Bund – an den Ländern vorbei – auf die kommunale Ebene vergeben, ohne zu berücksichtigen, dass es bewährte Trägerstrukturen gibt, die nachweislich seit vielen Jahren gleichermaßen innovativ und nachhaltig Weiterbildung betreiben. Wie die Arbeit dieser jeweils nur für wenige Jahre finanziell geförderten Projekte und Netzwerkkonsortien dann nach Ende der Projektlaufzeit fortgesetzt werden soll und erst so nachhaltig wirksam werden kann, bleibt offen. In der Regel versanden solche Projektaktivitäten, es sei denn das nächste Projekt kann akquiriert werden: Es entsteht relative Nachhaltigkeit auf Zeit. Nachhaltige Bildung bedarf bewährter Strukturen und verlässlicher Partner, denen es als erfahrene und lernende Organisationen möglich ist, Ideen und Innovationen auch über die begrenzte Halbwertszeit von Projekten in ihr Angebotsrepertoire und ihre Strukturen zu implementieren.

Der Trend zur Ökonomisierung und Funktionalisierung von Weiterbildung scheint dabei nicht nur ungebrochen, sondern vielmehr gar auf dem Vormarsch. So gerät die berufliche Bildung in der politischen und öffentlichen Wahrnehmung sowie in den Förderprogrammen immer stärker in den Fokus, während die Bedeutung der allgemeinen, persönlichkeitsbezogenen oder politischen Bildung marginalisiert wird. Die Debatte um die Novellierung des Umsatzsteuergesetzes ließ diesen Trend auch an vielen Stellen erkennen.

Erfolgreiche Kampagne zum Umsatzsteuergesetz 2013

Die Katholische Erwachsenenbildung (KBE) hat mit fünf weiteren großen deutschen Weiterbildungsverbänden den Deutschen Bundestag und den Bundesrat aufgefordert, einen Gesetzentwurf zur Umsatzsteuer nachzubessern. So wie das Gesetz formuliert und in der Begründung erläutert

wurde, drohten allgemeinbildende Kurse der öffentlich verantworteten Weiterbildung zukünftig unter die Umsatzsteuerpflicht zu fallen. Damit hätten sich die Kursgebühren erhöht. Auf Empfehlung des Finanzausschusses hat der Bundestag im Oktober beschlossen, die in § 4 Nr. 21 UStG geplanten Neuregelungen komplett zu streichen und stattdessen zunächst an der bisherigen Regelung des § 4 Nr. 22a festzuhalten. Die Kampagne war also erfolgreich.